

Raza, Werner

Research Report

Entwicklungspolitische Herausforderungen nach Rio+20

ÖFSE Policy Note, No. 02/2012

Provided in Cooperation with:

Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

Suggested Citation: Raza, Werner (2012) : Entwicklungspolitische Herausforderungen nach Rio+20, ÖFSE Policy Note, No. 02/2012, Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99061>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklungspolitische Herausforderungen nach Rio+20

Werner Raza

Die Konferenz Rio+20 endete mit einem enttäuschenden Kompromiss. Entscheidend für die Zukunft der globalen Nachhaltigkeitspolitik wird sein, ob es gelingt, die Schwellenländer stärker einzubinden.

20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro und 10 Jahre nach dem Nachhaltigkeitsgipfel von Johannesburg fand von 14.-22. Juni 2012 die vierte große UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (Rio+20 Konferenz) in Rio de Janeiro statt. Erwartungsgemäß endete Rio+20 mit einem Minimalkompromiss, der von vielen BeobachterInnen als enttäuschend bewertet wurde. Es scheint, als stecke die globale Nachhaltigkeitspolitik zwanzig Jahre nach dem in der Rückschau durchaus erfolgreichen Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 in der Sackgasse. Wenig überraschend daher auch die Kritik von Umwelt-NGOs und WissenschaftlerInnen, die angesichts des fortschreitenden Raubbaus an den natürlichen Ressourcen und der Dringlichkeit vieler globaler Umweltprobleme, nicht zuletzt des Klimawandels, zu einer raschen sozial-ökologischen Transformation aufrufen. Auffallend an dieser Diskussion ist das Auseinanderklaffen von wissenschaftlichem Befund zur Umweltlage einerseits und dem Unvermögen der politischen VerantwortungsträgerInnen andererseits, hier zu effektiver internationaler Kooperation zu kommen. Dieses Ergebnis wird als Versagen der Politik gesehen und dementsprechend frustriert zur Kenntnis genommen. Erklärungsversuche, so es sie überhaupt gibt, sprechen relativ allgemein von „vested interests“ oder falschen Anreizstrukturen für PolitikerInnen, die es zu ändern gälte, um effektives umweltpolitisches Handeln auf internationaler Ebene zu ermöglichen.

Im Folgenden wird daher der Versuch unternommen, ausgehend von einer kurzen Darstellung der Ergebnisse von Rio+20 eine Erklärung für das Versagen der globalen Umweltgovernance anzubieten. Dabei wird insbesondere die politische Ökonomie der geopolitischen Situation beleuchtet. In einem zweiten Schritt sollen dann die Herausforderungen im Follow-up zu Rio+20 erläutert werden. Dabei wird insbesondere auf die entwicklungspolitische Dimension eingegangen.

Die Ergebnisse von Rio+20 im Überblick

Die wesentlichen Ergebnisse von Rio+20 sind im Abschlussdokument der Konferenz „The future we want“ enthalten. Dieses Dokument wurde bereits einen Tag vor Beginn des Treffens der Staats- und Regierungschefs von einer resoluten brasilianischen Konferenzleitung vorgelegt und von

allen teilnehmenden Staaten angenommen. Das Dokument enthält umfangreiche Willenserklärungen der internationalen Staatengemeinschaft – so werden etwa die Rio-Prinzipien neuerlich bekräftigt, oder das Commitment zur Armutsbekämpfung. Spärlich sind allerdings neue konkrete Verpflichtungen, zu denen sich die Staaten bekennen.

Zu keinen Fortschritten kam es insb. bei den folgenden, im Vorfeld eingebrachten Vorschlägen bzw. Forderungen:

1. Es wird keine Umwandlung des UN-Umweltprogramms UNEP in eine Agentur geben. Stattdessen soll bei der nächsten UN-Vollversammlung eine institutionelle Aufwertung und bessere budgetäre Ausstattung beschlossen werden.
2. Es wird vorläufig kein High Commissioner für die Rechte der zukünftigen Generationen geschaffen. Stattdessen soll lediglich ein Bericht über die diesbezüglichen Aspekte erarbeitet werden.
3. Es gibt keine weiteren finanziellen Commitments zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung. Lediglich ein Konzept für einen Finanzrahmen für nachhaltige Entwicklung soll im Rahmen einer Arbeitsgruppe bis 2014 entwickelt werden.
4. Es gibt keine konkreten Verpflichtungen, umweltschädliche Subventionen zu reduzieren.
5. Es wurden zwar etliche Verweise auf Menschenrechte aufgenommen, jedoch wurde der Verweis auf die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen nur in einer schwachen Formulierung verankert, dem Vernehmen nach auf Druck des Vatikans und der arabischen Länder. Dies wurde von den anwesenden Frauenorganisationen scharf kritisiert.
6. Die Entscheidung über das von Umweltorganisationen geforderte Implementierungsabkommen für die UN-Seerechtskonvention UNCLOS wird auf Ende 2014 verschoben.

An konkreten Resultaten ist vor allem hervorzuheben:

1. Es wird ein High Level Fourm on Sustainable Development im Rahmen des UN Wirtschafts- und Sozialrats ECO-SOC eingerichtet, das die Commission on Sustainable

- Development ersetzen wird. Dessen genaues Mandat und Organisation muss allerdings erst ausgearbeitet werden.
2. Es wurde ein Prozess zur Erarbeitung von Sustainable Development Goals beschlossen. Diese Nachhaltigkeitsziele sollen 2015 in Kraft treten und möglicherweise die Millennium-Entwicklungsziele ablösen. Der Prozess wird bei der UN-Vollversammlung angesiedelt. Noch im Herbst 2012 soll dazu eine inter-gouvernementale Arbeitsgruppe bestehend aus 30 UN-Mitgliedern eingerichtet werden. Der UN-Generalsekretär ist aufgefordert, einen Bericht über den Stand der Diskussionen über eine Post-2015 Entwicklungsagenda einzubringen, um die Kohärenz der beiden Prozesse zu gewährleisten.
 3. Das im Vorfeld heiß umstrittene Kapitel zur Green Economy wurde etwas abgeschwächt und konkretisiert. Dieser von einigen UN-Organisationen eingeführte Begriff sollte als neues Leitkonzept für die globale Umsetzung nachhaltiger Entwicklung verankert werden. Mit dem Konzept soll die notwendige sozial-ökologische Transformation vor allem durch neue, energie- und ressourceneffizientere Technologien und den umfassenden Einsatz monetärer Bewertungsmethoden für die Bewirtschaftung globaler Ökodienstleistungen bewerkstelligt werden. Für die Mehrheit der Schwellen- und Entwicklungsländer roch dies nach verstecktem Öko-Protektionismus. Dementsprechend war es ihnen wichtig zu betonen, dass die Green Economy nur eine von mehreren Möglichkeiten der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung darstellt. Dies wurde sichergestellt, indem das Rio-Prinzip der gemeinsamen, aber geteilten Verantwortung im Text verankert wurde.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist vor allem die Entscheidung zur Erarbeitung von Nachhaltigkeitszielen für die Zeit nach 2015 bedeutsam. Diese sollen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökonomisch, sozial und ökologisch) umfassen und haben einen globalen Anspruch, d.h. sind für alle Staaten in Nord und Süd verbindlich, auch wenn eine differenzierte Verantwortung, die sich an den nationalen Kapazitäten und Entwicklungsniveaus orientiert, anerkannt wird. Auf die hier wartenden Herausforderungen wird noch einzugehen sein.

Das Ergebnis von Rio+20 als Ausdruck einer Krise der globalen Governance

Insgesamt müssen die Ergebnisse von Rio+20 wohl als enttäuschend eingestuft werden. Das – beinahe – Scheitern der Konferenz kann nicht als isoliertes Ereignis gesehen werden. Es ist nur das aktuellste einer ganzen Reihe von ähnlichen Entwicklungen, sei es in der globalen Klimapolitik mit dem Scheitern der Konferenz in Kopenhagen 2009 oder dem Minimalkompromiss der Konferenz von Durban im Dezember 2011, oder sei es in anderen internationalen Politikfeldern. Der Stillstand in den WTO-Verhandlungen während der letzten fünf Jahre, oder das weitgehende Unvermögen der G-20, sich auf sinnvolle Re-Regulierungsmaßnahmen für die globalen Finanzmärkte zu einigen, sind allesamt Symptome für einen sich in den letzten Jahren akzentuierenden Prozess der Veränderung der geopolitischen Situation (vgl. auch Raza 2011).

Das System einer liberal geprägten globalen Governance, welches während der letzten rund zwei Jahrzehnte den Prozess der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung durch den Auf- und Ausbau internationaler Normen und Organisationen gestalten wollte, ist damit in eine Krise geraten. Ein zentraler Grund dafür ist der ökonomische Aufstieg der Schwellenländer und die damit verbundene geopolitische Machtverschiebung. Der wirtschaftliche Erfolg von Schwellenländern wie China, Brasilien, Russland, Indien, aber auch der Türkei, Südafrikas oder Indonesiens hat auch für die internationale Politik Konsequenzen. Dieser führte, wie dies oft betont wird, sicher auch zu einem neuen nationalen Selbstbewusstsein der politischen Führungen dieser Länder, das auch in Rio ostentativ zum Vorschein kam. Das zentrale politische Element des Entwicklungsmodells dieser Länder besteht – allen nationalen Unterschieden zum Trotz – in der aktiven Rolle des Staates im Prozess der nachholenden Entwicklung. Die enge Verbindung zwischen den strategischen Sektoren der Volkswirtschaft und den Staatsapparaten sowie die typischerweise ausgeprägte Exportabhängigkeit der Wachstumsmodelle legen eine merkantilistische Grundorientierung der politischen Systeme nahe. Als Resultat haben wir es daher mit dem Aufstieg einer Gruppe von demografisch wie territorial großen Entwicklungsstaaten zu tun, die auf der einen Seite ihre nationale Souveränität gegenüber Einmischungen von außen betonen und auch zu verteidigen wissen, andererseits aber ihre außenwirtschaftlichen Interessen konsequent verfolgen, und dabei eine unilaterale Politik eindeutig bevorzugen. Die Rohstoffpolitik Chinas in Afrika und Lateinamerika mag diesbezüglich als Anschauungsbeispiel dienen.

Der mit dem Prozess der nachholenden Entwicklung angestoßene ökonomische Transformationsprozess bringt auch beträchtliche soziale und ökologische Veränderungen und Herausforderungen mit sich. Der Aufbau einer verarbeitenden Industrie wie in China führt notwendigerweise zur Schaffung einer neuen Schicht von in Industrie und Dienstleistungen tätigen Beschäftigten – in der Größenordnung von rd. 200 Mio. Menschen allein in China, einem rasanten Wachstum der Bevölkerung in den Städten und damit verbunden sich radikal ändernden Produktions- und Konsummustern. Innerhalb relativ kurzer Zeit entstehen in den urbanen Regionen der Schwellenländer damit neue Mittelschichten, deren angestrebter Lebensstil sich an den Normen der kapitalistischen Konsumgesellschaft westlichen Zuschnitts orientiert. Dies gilt gleichermaßen für alle Schwellenländer, auch wenn die soziale Schichtung in diesen Ländern in Abhängigkeit vom nationalen Entwicklungsmodell unterschiedlich ist. Die Erhöhung des Lebensstandards dieser nunmehr in kapitalistische Produktionsverhältnisse einbezogenen Mittelschichten hängt dabei zentral von der Akkumulationsdynamik, d.h. den Wachstumsraten der nationalen Wirtschaft ab. Dies ist umso wichtiger, als es in diesen Ländern nur rudimentär ausgestaltete Sozialsysteme gibt, eine nennenswerte Umverteilung von Einkommen durch Sozialtransfers daher nicht stattfindet. Ebenso verliert die Selbstversorgung durch eigene landwirtschaftliche Produktion tendenziell an Bedeutung. Der ökonomische Status der aufstrebenden Mittelschichten hängt daher zentral von Erwerbseinkommen ab. Nachdem die Mittelschichten das ökonomische Modell tragen, sind sie auch für die politische Führung die zentrale Zielgruppe. Die Aufrechterhaltung einer hohen

Wachstumsdynamik ist somit für die Legitimität der Regierungen in den Schwellenländern zentral. Und zwar relativ unabhängig davon, ob es sich um linksgerichtete (z.B. Brasilien) oder konservative Regierungen (z.B. Türkei) handelt, und auch relativ unabhängig von der Frage, ob es sich um demokratische oder autoritäre Systeme handelt. Dies wird auch für die 2013 in China an die Macht kommende neue KP-Führungsgeneration die absolute Priorität bleiben, wie Justin Yifu Lin, chinesischer Ex-Chefökonom der Weltbank, bei einem Vortrag in Wien am 10. August 2012 betonte (vgl. ÖFSE 2012).

Dieser Wachstumsimperativ konditioniert auch weitgehend das Verhalten der Schwellenländer auf internationaler Ebene. Internationale Verpflichtungen, ob im Bereich der globalen Umweltpolitik oder in anderen Politikfeldern, welche ihre Wachstumspotenziale beschränken, sind praktisch ausgeschlossen. Dazu kommt, dass durch die globalen Machtverschiebungen die Ausübung von politischem Druck, insb. vonseiten der USA oder der EU, auf die Schwellenländer bedeutend schwieriger und weniger effektiv geworden ist. Dieser Verlust an politischer Macht aufseiten der westlichen Mächte verlief schleichend während der letzten Jahrzehnte, wurde aber durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten fünf Jahre, die ja zuvorderst eine Krise der kapitalistischen Zentren ist, maßgeblich beschleunigt. Die geopolitische Situation ist also heute insgesamt von einer nachhaltigen Erosion der US-amerikanischen Hegemonie bei Herausbildung einer neuen multipolaren Konstellation geprägt. Die Pole sind dabei entweder Regionen mit jeweils einer Regionalmacht und an diese politisch und wirtschaftlich gebundene Nachbarstaaten – die USA mit Kanada und Mittelamerika, die EU mit Osteuropa und den Balkanstaaten, Russland mit den GUS-Staaten, Brasilien mit den Mercosur-Staaten, oder große Territorialstaaten wie China, Südafrika, Türkei, Indien. Folgt man der realistischen Schule der internationalen Beziehungen, ist eine derartige Konstellation von tendenziell stärkeren Rivalitätsbeziehungen geprägt. Dementsprechend schwieriger wird es Kompromisse und Konsense zu erzielen.

Aber auch aufseiten der westlichen Zentren ist eine geänderte Prioritätensetzung zu beobachten. So gibt es eine klare Re-Orientierung der USA, und in etwas schwächerer Ausprägung auch der EU, hin zu einer unilateralen Interessendurchsetzung in der Außenpolitik. Zum Zweiten verschieben sich, insbesondere in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die politischen Schwerpunkte. Die Wiederankurbelung des Wachstums gewinnt an Bedeutung zulasten anderer Politikfelder, darunter nicht zuletzt der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Positionierung der USA bei Rio+20 war klar darauf ausgerichtet, Ergebnisse zu verhindern, welche die Nutzung von globalen Umweltgütern verbieten oder erschweren. Diese negative Agenda zeigte sich zum Beispiel am US-Widerstand gegen ein Implementierungsabkommen zur Seerechtskonvention UNCLOS. In der Tendenz ähnliches lässt sich auch für die EU beobachten. Zwar war die EU der einzige Staatenblock, der mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen in die Verhandlungen ging. Der politische Einsatz, mit dem diese Ziele verfolgt wurden, war jedoch verhalten. Das lässt sich zum Beispiel an der Abwesenheit vieler EU-Staats- und Regierungschefs ablesen, oder schlicht am Faktum, dass die EU-Delegation schon am Tag vor Beginn

des Treffens der Staats- und Regierungschefs einem aus ihrer Sicht wohl insgesamt enttäuschenden Kompromiss zustimmte. Die EU war also nicht bereit, mehr politisches Kapital in diese Verhandlungen zu stecken, in dem man z.B. die Verhandlungen von den Staats- und Regierungschefs weiterführen hätte lassen, um dort mit einer schwergewichtig besetzten EU-Delegation doch noch ein ambitionierteres Ergebnis durchzusetzen. Das magere Ergebnis ist daher nicht nur auf den starken Widerstand der G-77 zurückführbar, sondern auch auf die geringe Bereitschaft von *démandeurs* wie der EU, angesichts einer krisenbedingt geänderten Agenda hier wirkliches politisches Kapital zu investieren.

Die Entwicklungsländer schließlich waren in Rio nur im Verbund der G-77 politisch vernehmbar, deren Positionen wurden aber von den großen Schwellenländern dominiert. Dies hat mehrere Gründe. Zum Einen ist ihre ökonomische Situation mangels industrieller Produktion von den Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen abhängig. Hier haben sie vom Preisanstieg der letzten Jahre klar profitiert, ihre Exportsteigerungen verdanken sich aber fast ausschließlich der gestiegenen Nachfrage aus den Schwellenländern. Als Rohstoffexporteure haben sie daher nur bedingt Interesse an einer Green Economy, welche die Ressourceneffizienz maßgeblich steigern und damit den globalen Ressourcenverbrauch nachhaltig senken möchte. Geht es hingegen um Möglichkeiten alternativer Energieproduktion aus Sonne, Wind und Wasser, oder um den Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme oder anderer städtischer Infrastrukturen, besteht zweifelsohne Interesse. Was hier in der Regel fehlt, sind die für derartige Investitionen notwendigen Finanzmittel. Daher auch die Frustration vieler Entwicklungsländer, als bei Rio+20 die Forderung nach Einrichtung eines globalen Investitionsfonds von der EU und anderen Industriestaaten enttäuscht wurde. Die mangelnde Bereitschaft zu finanziellen Commitments hat die Glaubwürdigkeit der Industrieländer, und gerade der EU entscheidend untergraben.

Herausforderungen für die globale Entwicklungspolitik nach Rio+20

Wie kann man nun der schwierigen geopolitischen Situation Rechnung tragen, ohne auf die Verfolgung ambitionierter Politik im Bereich der globalen Nachhaltigkeitspolitik zu verzichten? Und darüber hinaus, wie kann verhindert werden, dass es möglicherweise sogar zu Rückschritten kommt?

Eine Gefahr in der derzeitigen Situation besteht zweifelsohne darin, dass eine Koalition aus UmweltskeptikerInnen und wirtschaftlichen Interessen jedwede weitere Fortschritte im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik blockieren, und dies mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber den die internationalen Standards unterlaufenden Unternehmen aus Schwellenländern begründen, oder alternativ jeden weiteren Fortschritt im nationalen oder EU-Rahmen an Schutzmaßnahmen knüpft, wie sie zum Beispiel Ökozölle darstellen. Die von manchen zivilgesellschaftlichen Akteuren unterstützte Option einer ökologisch und/oder sozial begründeten Schutzpolitik der EU mag angesichts des Stillstands auf multilateraler Ebene als eine zweckmäßige Second-best Politik erscheinen. Eine solche Schutzpolitik der EU, so gerechtfertigt sie auch erscheinen mag, würde aber von den Handelspartnern ange-

sichts der schwierigen Situation der Weltwirtschaft unweigerlich als ungerechtfertigter Protektionismus ausgelegt und mit Vergeltungsmaßnahmen beantwortet werden. Die Gefahr eines von manchen Schwellenländern wie Brasilien schon jetzt beklagten Handelskriegs würde dann sehr rasch Realität werden. Eine solche Entwicklung würde die Bedingungen für eine kooperative internationale Politik auf lange Zeit untergraben und auch kaum zu einer Verbesserung der globalen Umwelt- oder Menschenrechtssituation beitragen. Nötig ist es derzeit daher vor allem, zum einen die multilaterale Gesprächs- und Verhandlungsschiene offen zu halten, in dem die EU weiterhin Gesprächsbereitschaft und Commitment in der globalen Nachhaltigkeitspolitik beweist. Zum zweiten muss sich die EU im Verbund mit anderen Industrieländern auf jene Politikbereiche konzentrieren, in denen es auch für die Schwellen- und Entwicklungsländer nachweisbare ökonomische, soziale und ökologische Vorteile gibt.

Dies bedeutet konkret, aus dem bei Rio+20 propagierten Konzept der Green Economy jene Elemente zu nehmen, deren Umsetzung den Schwellenländern zumindest mittelfristig Vorteile bringt. Dazu gehört zum Beispiel, im Rahmen von bilateralen Handelsabkommen oder EZA-Programmen Maßnahmen und Projekte zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz von Produktionsprozessen, oder zur Reduktion von Emissionen der Industrie zu fördern, Systeme zur Abfallentsorgung und Wiederverwertung für städtische Ballungszentren einzuführen, nachhaltige Mobilitätsprogramme zur Förderung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in urbanen Agglomerationen zu finanzieren und diesbezüglich Know-how-Transfer zu ermöglichen. Es ist offensichtlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern in absehbarer Zukunft auf einem ressourcen- und umweltintensiven Wachstumsmodell basieren wird. Es ist aber ebenso klar, und diese Erkenntnis wird auch den politischen Eliten in den Schwellenländern zunehmend bewusst, dass ein solcher Entwicklungspfad auf Dauer ökologisch, aber vor allem politisch nicht durchhaltbar ist. Die zunehmenden Proteste vor allem junger städtischer Mittelschichten in China gegen die starke Umweltverschmutzung, oder erste Initiativen zur Verwendung von E-Bikes und E-Motorrollern in chinesischen Städten zeigen, dass hier ein Umdenken im Gange ist. Anzusetzen wäre also zum einen bei Maßnahmen, welche die Energie- und Ressourcenintensität von Produktions- und Konsumtionsprozessen in Schwellenländern senken. Vor allem in einkommenschwachen Entwicklungs- und Schwellenländern sind hier vergleichsweise große Effizienzgewinne zu erzielen (vgl. UNIDO 2011). Die Hindernisse, die solchen Verbesserungen im Weg stehen, sind neben Informationsdefiziten vor allem der Mangel an verfügbaren finanziellen Mitteln oder unzureichender Zugang zu Kredit. Hier im Rahmen der globalen Entwicklungspolitik Finanzierungsfazilitäten auf multilateraler wie auf regionaler Ebene einzurichten, wäre eine sinnvolle Maßnahme.

Eine weitere Herausforderung des Rio+20 Follow-Up Prozesses wird darin liegen, die im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele priorisierten Ziele der Armutsbekämpfung und sozialen Entwicklung mit den geplanten Nachhaltigkeitszielen zu vereinbaren. Die Erfahrungen in der Armutsbekämpfung der letzten 20 Jahre zeigen, dass vor allem jene Länder eine deutliche Verringerung der absoluten Armut erreichen konnten, welche ein dynamisches, beschäftigungsintensives Wachstum mit inklusiven Sozialprogrammen verknüpft haben. Der Aufbau einer auf universellen Rechten basierenden Form von Sozialstaatlichkeit wird speziell in den Schwellenländern darüber entscheiden, ob ein sich selbst tragender Entwicklungsprozess und damit ein höheres Maß an politischer und sozialer Stabilität in diesen Ländern erreicht werden kann (vgl. UNRISD 2010). Ein bloßes Fortführen jener Millenniums-Entwicklungsziele, die bis 2015 nicht erreicht werden, würde somit zu kurz greifen. Ebenso wäre es verfehlt, in den Verhandlungen über die Nachhaltigkeitsziele primär auf die ökologische Dimension zu fokussieren. Worum es zentral gehen muss, ist es, die soziale mit der ökologischen Dimension zusammenzubringen. Gerade darin liegt das politische Potenzial des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung. Eine letzte zentrale Herausforderung wird darin liegen, die Post-2015 Agenda als ausgewogenen Mix an Verpflichtungen und Unterstützungsmaßnahmen zwischen globalem Norden und Süden zu konzipieren. Das Rio-Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung muss ernst genommen werden. Das wird nicht ohne ein klares Engagement vonseiten der Geberstaaten gehen. Neben der Vorreiterrolle bei der Umsetzung von ökologischen und sozialen Zielen muss dies auch ein deutliches finanzielles Commitment zur Finanzierung von Implementierungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern beinhalten. Hier gilt es umfassende Kooperationsvereinbarungen in der bi- und multilateralen EZA abzuschließen. Nur durch die Kombination aus glaubwürdiger Vorreiterrolle und tatkräftigem Engagement seitens der EU und anderer Geberländer besteht eine Chance, eine Situation zu schaffen, in der auch die wachstumsorientierten Schwellenländer sich langfristig in ein Set an globalen Nachhaltigkeitszielen einbinden lassen.

Literatur

- ÖFSE (2012): „China in den World Economy“. Tagungsdokumentation, Wien. http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/documentation_china_10_08_2012.pdf.
- Raza, W. (2011): Global Economic Governance – globale wirtschaftliche Machtverschiebungen und ihre Implikationen auf Entwicklung. In: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik 2009, Wien, 11-20. <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oeepol/OEPOL2010.pdf>.
- UNIDO (2011): Industrial Development Report 2011 – Industrial energy efficiency for sustainable wealth creation. Capturing environmental, economic and social dividends, Wien.
- UNRISD (2010): Combating Poverty and Inequality. Structural Change, Social Policy and Politics, Genf.



Dr. Werner Raza
Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, ÖFSE
w.raza@oefse.at